

Mit Abstand proben auf Kosten der Stadt

Diskussion im Kulturausschuss: Soll die Stadt Holzminden den Vereinen die Stadthalle kostenfrei zur Verfügung stellen?

VON THOMAS SPECHT

HOLZMINDEN. Die Anpassung der Tarife in der Mietentgeltordnung für die Stadthalle Holzminden war Thema in der Sitzung des Kulturausschusses. Die Mietentgelte für die Stadthalle sollen eigentlich zum 1. Januar 2021 angehoben werden, eine neue Tarifstaffel ist auch bereits ausgearbeitet worden. Nur die Miete für das Foyer soll gemeinwohlorientiert unangetastet bleiben, um zum Beispiel Puppenbühnen weiterhin eine bezahlbare Auftrittsmöglichkeit zu bieten. Nur: In Zeiten der Covid-19-Pandemie und eines (gerade wieder) auf Null heruntergefahrenen Kulturbetriebs will gerade niemand in Holzminden – weder in Politik oder Verwaltung noch die Stadtmarketing GmbH – überhaupt die Mietentgelte für die Stadhallennutzung anheben. Im Gegenteil: Nach Anfragen der Musikschule und des Chores Collegium Cantorum wird derzeit überlegt, Vereinen die Stadthalle für Proben kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Soll die Stadt aber nur auf die Miete verzichten oder auch zum Beispiel auf die Erstattung der Kosten für Strom und Hausmeister? Das könnte sich wohl kein Verein leisten.

Ruth Koßmann, Geschäftsführerin der Stadtmarketing GmbH, die die Stadthalle vermarktet und ihren Betrieb führt, bat im Kulturausschuss darum, „frühestens 2022 oder 2023 die Gebühren zu erhöhen“. Momentan fänden hier ohnehin keine Veranstaltungen statt, und eine Erhöhung sei in dieser Zeit „marketingmäßig daneben“. Ähnlich argumentierte Dietrich Vogel: „Eine Erhöhung jetzt wäre ein



Die Stadthalle Holzminden bietet die Möglichkeit, mit Abstand zu proben.

FOTO: SPE

falsches Signal und schädlich.“ Seine FDP-Fraktion würde sich dagegen stellen, und auch im Finanzausschuss sei der Beschlussantrag abgelehnt worden. Gerd Schläger (GFH) plädierte dafür, jetzt nicht im Ausschuss über die Anpassung der Tarife zu befinden, sondern den Sachverhalt noch einmal in den Fraktionen zu besprechen. Er bat um eine Informationsvorlage mit Daten und Zahlen für den Verwaltungsausschuss.

Das Collegium Cantorum hat beantragt, die Stadthalle für seine Probenarbeit nutzen zu können. Das angestammte Domizil, die Aula der Astrid-Lindgren-Schule, ist nicht groß genug, um den geforder-

ten Abstand zu halten. Auch Musikschulleiter Alexander Käberich hat eine Anfrage für die – möglichst kostenfreie – Nutzung der Halle durch die Musikschule gestellt. Ausschussvorsitzender Wilfried Steinmetz (UWG) war nicht abgeneigt: „Damit kann die Stadt den Kulturbetrieb unterstützen, dann aber bitte für alle Kulturtreibenden, vielleicht auch meinen Verein (den Jazz-Club)“, sagte er.

Kulturamtsleiter Dr. Matthias Seeliger berichtete, Dr. Magdalena Pogoda-Urbanski aus der Kämmerei habe bereits den Vorschlag gemacht, eine Ausnahmeregelung für „Sonderlagen“ in die Gebührenordnung aufzunehmen,

um Nutzer wie etwa Vereine von einer Mietzahlung zu befreien. Darüber hinaus bleibt die Frage, ob Vereine Energie- und weitere Zusatzpauschalen zahlen müssten. „Willkommen in der Realität. Das können die gar nicht leisten“, warf Ruth Koßmann ein. Ein Hausmeister müsse schon vor Ort sein. „Wir können sie nicht im Kalten proben lassen.“

Dr. Patric von Löwis of Menar (WIR) plädierte dafür, die Vereine zu unterstützen, damit die Vereinsarbeit nicht einschlafe. „Das sind Peanuts im Vergleich zu dem, was wir sonst alles machen. Das sollte uns das wert sein.“ Auch Sabine Golczyk (Linke) hielt es

für „wichtig, dass wir den Vereinen die Möglichkeit geben, sich weiter zu treffen und zu zeigen, wie wichtig uns ihr Beitrag für das gesellschaftliche Leben ist“. Auch Ruth Horstkotte-Bald (Grüne) sprach dafür, gab zu bedenken: „Wir müssen schnell entscheiden, die Vereine wollen jetzt singen.“

Der Kulturausschuss sprach sich schließlich dafür aus, in dieser besonderen Situation Vereinen die Halle kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Eine Entscheidung ist das noch nicht, und sie muss auch noch juristisch sattelfest in die Mietentgeltordnung aufgenommen und dann beschlossen werden.